

Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0158/2023

Vorlage: ST/0161/2023								Datum: 23.01.2023			
Verfasser:	Dezernat 4	4									Az.:
Betreff: Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion: Ausbau des Rad -und Gehwegs Moselweiß/Moselufer											
Gremienweg:											
02.02.2023	Stadtrat					abş ver	stimmig gelehnt wiesen	K	ehrheitl enntnis ertagt		ohne BE abgesetzt geändert
	TOP	öffentlich				Enthaltungen				Geg	enstimmen

Stellungnahme:

Der LBM Cochem-Koblenz plant und baut einen neuen Geh- und Radweg an der B 49 zwischen den Koblenzer Stadtteilen Lay und Moselweiß. Die Planung endet an der Gülser Eisenbahnbrücke und soll im Jahr 2026 fertig gestellt sein.

Die Weiterführung dieser Verbindung bis zum Deutschen Eck ist Bestandteil des Koblenzer Radhauptroutennetz. Sowohl für den touristischen als auch den alltagsbezogenen Radverkehr stellt diese flussnahe Verbindung eine wichtige Funktion dar, die in den Konzepten der Stadt (Verkehrsentwicklungsplan und Hauptroutengutachten) aufgeführt und dargestellt ist.

Der Ausbau des Uferweges für den Fuß- und Radverkehr ist seitens der Stadt vorgesehen. Der aktuelle Zustand des Uferweges entspricht nicht den Qualitätsanforderungen an Oberfläche und Wegebreite bei einer Nutzung durch Rad- und Fußverkehr.

Die Stadt Koblenz plant zunächst die Anschlussverbindung von der Gülser Brücke bis zum ausgebauten Abschnitt am Willy-Brandt-Ufer (in Höhe Peter-Klöckner-Straße). Ein erstes Konzept liegt vor, die Entwurfsplanung für den 2,5 km langen Uferabschnitt wurde Ende letzten Jahres durch den Eigenbetrieb Grünflächenamt und Bestattungswesen ausgeschrieben und an ein externes Planungsbüro vergeben.

Stadteinwärts konnte zwischenzeitlich durch die Markierung eines Radschutzstreifens auf der Fahrbahn die konfliktträchtige Verbindung auf der Häuserseite der B 49 in Moselweiß entschärft werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Planungskosten sind im Haushalt unter der Maßnahmennummer "P671029000 Moselweiß Moselufer - Ausbau Rad- und Gehweg" in Höhe von 250.000 € eingestellt.

Die Stadt prüft derzeit Fördermöglichkeiten über bestehende Förderprogramme.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt, die Anschlussplanung nach Vorliegen der beauftragten Entwurfsplanung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität vorzustellen (vermutlich in der zweiten Jahreshälfte) und Aussagen zur Förderung mitzuteilen.